

Eckhardt Rehberg

- (A) Das Zweite – ich will da nicht zu doll aus dem Nähkästchen plaudern –: Der IWF hatte viel weiter gehende Vorstellungen, was das Thema Schuldenerleichterung/Schuldenstreckung betrifft. Der IWF hatte ganz andere Vorstellungen, was auch Puffervergrößerungen betrifft usw. usf. Wenn Sie sich die Schuldentragfähigkeitsanalyse des IWF aus dem Jahr 2016 anschauen, werden Sie feststellen: Es hätte nach seiner Maßgabe all dieses, was wir heute auf den Weg bringen, nicht geholfen.

Deswegen ist es eine gute Entscheidung gewesen, zu sagen: Die Bedingungen sind so. Herr Minister Scholz, ich weiß, Sie haben hartnäckig verhandelt. Ich kann uns nur raten, zuzustimmen. Ich bin der festen Überzeugung, dass in Griechenland wirklich vieles auf den Weg gebracht worden ist; das ist bei weitem nicht am Ende.

Herr Kollege Boehringer, wenn Sie von einer sofortigen Vollabschreibung reden – ich kann nur eines mit auf den Weg geben –: Es geht hier, nebenbei, auch noch um Menschen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Das kommt ja immer als Letztes, wenn keine Argumente mehr ziehen! – Dr. Alice Weidel [AfD]: Oh Gott! Um Gottes willen! Ist das peinlich!)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

- (B) Jetzt erteile ich das Wort dem Kollegen Christian Dürr, FDP.

(Beifall bei der FDP)

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Rehberg, Sie sagen: Wir sind im dritten Programm, nicht im vierten. – Das ist ja keine Fernsehsendung hier. In der Nacht vom 21. Juni auf den 22. Juni haben die Finanzminister der Euro-Gruppe ein umfangreiches Paket vereinbart, ein Paket aus Schuldenerleichterungen, zusätzlichen Bedingungen, einer erweiterten Überwachung und einem weiteren Cashpuffer in Höhe von 15 Milliarden Euro. Meine Damen und Herren, wir müssen uns an dieser Stelle ehrlich machen: Was ist das anderes

(Dr. Alexander Gauland [AfD]: Als ein viertes Programm?)

als ein viertes Griechenland-Paket, meine Damen und Herren? Alles andere wäre Augenwischerei.

(Beifall bei der FDP und der AfD – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Aber die CDU will sich nicht ehrlich machen! – Zuruf der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Herr Kollege Rehberg, das ist ein Paket vor allen Dingen auch aus Schuldenerleichterungen. Es gibt eine zusätzliche Zinsersparnis, nämlich eine Senkung der ursprünglich vereinbarten Verzinsung. Die Buchgewinne aus dem Erwerb griechischer Staatsanleihen sollen an

Griechenland ausgezahlt werden. Das sind keine echten Gewinne, nebenbei gesagt, sondern: Die EZB hat in einer Phase angekauft, als niemand griechische Staatsanleihen eingekauft hat, (C)

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: War doch ein gutes Geschäft!)

zu einem besonders niedrigen Zins, meine Damen und Herren. Und: Der Beginn der Tilgung und die Zinszahlung werden um weitere zehn Jahre von 2022 auf 2032 verschoben – plus eine Laufzeitverlängerung dieser Kredite um weitere zehn Jahre.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch an dieser Stelle müssen wir uns ehrlich machen. Sie haben gesagt: Der IWF wollte einen Schuldenschnitt, den wir nicht wollten. – Das, meine Damen und Herren, ist ein faktischer Schuldenschnitt für Griechenland, um das auch in aller Klarheit zu sagen.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Herr Kollege Dürr, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Hagedorn, SPD?

Christian Dürr (FDP):

Ja, bitte schön, Frau Staatssekretärin.

Bettina Hagedorn (SPD):

Sehr verehrter Herr Kollege Dürr, wir hatten in den letzten Wochen schon häufig Gelegenheit, über dieses Thema im Haushaltsausschuss zu diskutieren, und darum muss ich Ihnen schon sagen, dass ich es ein bisschen befremdlich finde, dass Sie uns im Haus hier jetzt schon zum zweiten Mal ermahnt haben, dass wir uns ehrlich machen sollen. (D)

(Dr. Roland Hartwig [AfD]: Ja!)

Denn das, was Sie hier gerade gesagt haben, entbehrt jeder Form der Ehrlichkeit.

(Beifall bei der SPD – Dr. Marco Buschmann [FDP]: Jetzt bitte eine Frage! – Jürgen Braun [AfD]: Das ist eine plumpe Behauptung, aber keine Frage!)

Sie bedienen hier wirklich Ressentiments, möglicherweise auch die „Bild“-Zeitung,

(Dr. Marco Buschmann [FDP]: Fragen!)

indem Sie behaupten, es sei ein viertes Paket,

(Zurufe von der FDP: Frage!)

obwohl Sie ganz genau wissen, dass es das dritte Paket ist und dass in diesem dritten Paket vor vielen Jahren knapp 86 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt worden sind, von denen jetzt ungefähr 25 Milliarden Euro gar nicht gebraucht werden,

(Beifall bei der SPD)

und das ist eine gute Botschaft.

(Zurufe von der FDP: Frage!)

Bettina Hagedorn

- (A) Das ist eine Botschaft des Erfolgs für Europa und für Deutschland. Ich finde es nicht in Ordnung, dass Sie hier in diesem Hohen Hause

(Dr. Marco Buschmann [FDP]: Frage!)

solche, entschuldigen Sie bitte, Dinge verbreiten, die schlicht nicht wahr sind. Das ist Diffamierung.

(Beifall bei der SPD – Dr. Marco Buschmann [FDP]: Wo war denn die Frage? – Weitere Zurufe: Frage!)

Christian Dürr (FDP):

Frau Kollegin Hagedorn, ich will das nur in aller Klarheit sagen – ich werde auch gleich noch mal aus den Debatten genau zu diesem Thema zitieren, die hier 2015 geführt wurden, als die FDP nicht im Deutschen Bundestag war; dann können wir über Ehrlichkeit reden an der Stelle –: Wenn man nachträglich Bedingungen eines festgelegten Pakets ändert, wenn man nachträglich der Auffassung ist, dass mehr Liquidität rein muss, als ursprünglich vereinbart war, wenn man nachträglich Zinsen senkt, dann sind das faktische Schuldenerleichterungen, und dann ist das ein neues Paket. Alles andere, Frau Kollegin, ist irrational.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Jetzt will ich Ihnen sagen, wie das Hohe Haus 2015 hier diskutiert hat, und den damaligen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zitieren. Im Rahmen der Debatten über das dritte Hilfspaket für Griechenland hat Schäuble klar gesagt:

(B)

Wiederum ist auch klar, dass ein Schuldenschnitt nicht möglich ist.

Und weiter – Stichwort „IWF“ –:

Für die Bundesregierung ist unabdingbar, dass der Internationale Währungsfonds mit seiner besonderen Expertise bezüglich Staatsschuldenkrisen weiter an Bord bleibt.

Und zum Schluss:

Die Euro-Gruppe ihrerseits hat entsprechend der Position der Bundesregierung klar gesagt, dass eine weitere Beteiligung des Internationalen Währungsfonds an diesem Programm auch finanziell unverzichtbar ist.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Herr Rehberg, Sie haben gerade von „regelbasiert“ gesprochen. Das sind die Regeln, die der Deutsche Bundestag selbst aufgestellt hat. An die wird sich jetzt nicht gehalten, und das ist es, was die Menschen in Deutschland stört, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der AfD – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Das ist lächerlich!)

Frau Hagedorn, Sie haben auch auf die Entwicklung in Griechenland Bezug genommen und gesagt, nicht alles, was im Rahmen des ESM möglich gewesen wäre, sei ausgeschöpft worden; das war ja gerade Ihre These. Ich

will in aller Klarheit sagen: Die Entscheidung, die hier die Finanzminister der Euro-Gruppe getroffen haben, ist auch aus einem anderen Grunde nicht gerechtfertigt. Gemessen an den Erwartungen im Zusammenhang mit den bisherigen drei Rettungspaketen steht Griechenland tatsächlich besser da, als ursprünglich erwartet, meine Damen und Herren. Es gibt bessere Wachstumsprognosen. Der Haushaltsüberschuss ist höher als erwartet. Wenn man jetzt aber, nach drei Paketen, feststellt, dass Griechenland heute besser dasteht, als ursprünglich erwartet, vor welchem Hintergrund kann man dann noch weitere Schuldenerleichterungen zulassen? Das ist eine Logik, die die Menschen in Deutschland nicht verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der AfD – Andrea Nahles [SPD]: Unterirdisch! – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Die AfD klatscht mehr Beifall als die FDP! Das sollte Ihnen zu denken geben!)

Wenn man die Bedingungen hinsichtlich der nach dem ESM-Vertrag zwingend erforderlichen Schuldentragfähigkeit beim dritten Paket jetzt nachträglich ändert, meine Damen und Herren, dann war die Schuldentragfähigkeit offensichtlich schon damals, 2015, nicht gegeben. Das ist übrigens die Kontinuität bei den Freien Demokraten an dieser Stelle: Wir haben schon 2015, nachdem wir die ersten beiden Rettungspakete hier im Deutschen Bundestag mit verabschiedet haben, gesagt, dass der Verzicht auf eine entsprechende Regelung ein Fehler ist. Es war damals ein Fehler, und es ist heute ein Fehler. Dabei bleibt es, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(D)

(Beifall bei der FDP und der AfD – Zuruf der Abg. Ulli Nissen [SPD])

Entscheidend ist doch – das ist mir wichtig –, welchen Kurs Griechenland langfristig einschlägt; denn es ist, wie hier alle Kollegen zu Recht gesagt haben, ein sehr langfristiges Paket, über das wir hier reden. Wird Griechenland langfristig einen Weg wie Irland einschlagen, mit marktwirtschaftlichen Reformen, oder wird man in Athen angesichts der Erleichterungen eher bei den Reformbemühungen nachlassen? Meine Damen und Herren, ich will in diesem Zusammenhang an die Situation der Bundesrepublik Deutschland Anfang des vergangenen Jahrzehnts erinnern: Deutschland war damals der kranke Mann Europas. Es waren mutige Reformen einer rot-grünen Bundesregierung mit weitgehender Unterstützung der damaligen schwarz-gelben Opposition, die Deutschland in Europa aus eigener Kraft wieder haben wirtschaftlich erstarren lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Wilhelm von Gottberg [AfD])

Ich glaube, dass mutige Reformen, die – unabhängig von Konjunkturzyklen – ein Land langfristig erfolgreich machen, aus eigenem Willen geschehen müssen. Die Agenda 2010 wäre so in Deutschland nie gekommen, wenn sie aus Brüssel, London oder Berlin aufoktroiert worden wäre.

(Beifall bei der FDP)